

# in Deutschland

## Thema der Woche

# Regierung nicht unter Druck setzen

**„Dort, wo es um unsere Sicherheit und um unsere Existenz geht, sollte man nicht vorschnell unterschreiben wollen“, erklärte der Generalsekretär der CDU, Dr. Heck, im Südwestfunk zu den jüngsten Auseinandersetzungen über den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomsperrvertrag in seiner jetzigen Form.**

Dr. Heck, der in seinem Rundfunkkommentar auf die bedrohliche weltpolitische Lage und die aggressive Sowjetpolitik hinwies, warnte davor, die Unterschrift der Regierung unter Druck zu erzwingen und dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik zu gefährden.

„Die Welt ist weit vom Frieden weg“, erklärte Dr. Heck u. a., „noch kann der 21. August nicht vergessen sein und schon wieder fragen wir beunruhigt, was sich an der chinesischen Grenze entwickelt“. Ob es Propaganda ist? Propaganda der Russen? Propaganda der Chinesen? Propaganda zu welchem Zweck?

Abzulenken? Wovon abzulenken? **Und gleichzeitig läuft das Trommelfeuer der Propaganda gegen die Bundesrepublik auf Hochtouren, ein Trommelfeuer, das uns verleumden will, weil wir die letztmögliche Sicherheit dagegen gewinnen wollen, daß die Sowjetunion unsere Unterschrift unter den Atomsperrvertrag gegen lebenswichtige Interessen unseres Volkes mißbrauchen könnte.**

Sicher ist das Mißtrauen in der Welt ein böser Feind des Friedens. Aber was hat eigentlich die Sowjetunion seit 1945 getan, um zwischen unseren beiden Völkern jenes Minimum an Vertrauen wachsen zu las-

sen, ohne das Völker nicht in Frieden miteinander leben können?

Wo wir Repräsentanten des russischen Volkes begegnen konnten, sei es den Künstlern des Bolschoi-Balletts oder eines Balalaika-Chors, oder Fußballspielern und Leichtathleten – zu viel mehr ist es leider bisher nicht gekommen –, da hat immer herzliche Atmosphäre auf beiden Seiten das Feld beherrscht.

Aber was in den vergangenen Wochen aus dem Bereich der offiziellen Vertretung der Sowjetunion in der Bundesrepublik bekanntgeworden ist, sieht anders aus.

Da verunglückte ein sowjetischer Diplomat tödlich – und dann stellte sich heraus, daß dieser Diplomat gar kein Diplomat gewesen ist, sondern ein Offizier des sowjetischen Spionagedienstes. Und dann kam ein ganzes Netz sowjetischer Spionageorganisationen zum Vorschein. **Offensichtlich ist nicht nur die Bonner Sowjetbotschaft, sondern auch die Sowjetische Handelsvertretung in Köln, zumindest eine Filiale des Moskauer Komitees für Staatssicherheit, also der sowjetischen Spionage.**

Spionage ist ein unerfreuliches Geschäft, dem alle Staaten und besonders die Großmächte auf diese oder jene Weise nachgehen. Aber auch dabei kommt es auf das Ausmaß an. Wo der Eindruck entsteht, internationale Kontakte würden weitgehend nach den Gesichtspunkten der Verschwörung, geheimer Kanäle, der V-Männer und des Verrats betrieben, entsteht und steigert sich jene aggressive Psychose, von der man sich am Ende schwer mehr befreien kann. Im übrigen ist es eine alte Erfahrung: Agenten sehen sich die Wirklichkeit zurecht; sie berichten leicht, was gern gehört, ja was für die Politik der Auftraggeber gebraucht wird.

Wir wissen schon: Bei uns ist lange nicht alles Gold was glänzt. **Trotzdem sind wir fest davon überzeugt, daß sich vieles zum Besseren wenden würde, wenn die sowjetische Führung und das russische Volk zur Kenntnis nehmen könnten, wie Deutschland 24 Jahre nach Kriegsende heute wirklich aussieht.**

Fortsetzung Seite 2

## HEUTE

	Seite
Waffen allein genügen nicht	2
Die „Legende“ der Sozialdemokraten	5
Hauptgegner ist die SPD	7
Mehr Sicherheit auf den Straßen	8

**Die Bundesrepublik wird ihre wissenschaftlichen und technischen Erfahrungen auch den Ländern des südamerikanischen Kontinents zur Verfügung stellen. Nach einer zweiwöchigen Reise durch Argentinien, Brasilien, Chile und Kolumbien äußerte sich Bundesforschungsminister Stoltenberg positiv über die Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit mit diesen Staaten.**

**Die Vereinbarungen, die bisher getroffen worden sind, sind nicht an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft. Es dürfte aber wohl selbstverständlich sein, daß sich die wirtschaftlichen Bedingungen verstärken werden.**

**Den deutschen Beitrag für die Weiterentwicklung der südamerikanischen Forschung und Wissenschaft bezeichnete Stoltenberg als „Entwicklungshilfe für fortgeschrittene Länder und Beginn einer echten Kooperation“.**

**Die Reise des Bundesforschungsministers zeigt erneut, daß die Bundesregierung bereit ist, allen Staaten der Welt uneigennützig zu helfen.**

## Biafra muß geholfen werden

Zur Reise von Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages nach Biafra/Nigeria erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Czaja, diese Reise diene der Information über den Umfang und die Wirksamkeit des deutschen Beitrags zur Bekämpfung der Hungersnot und zum Schutz des Lebens von Erwachsenen und Kindern. Das Arrangement jener Gruppen der freien Gesellschaft, insbesondere auch der Jugend, die in maßvoller, aber entschiedener und opfervoller Weise die Unruhe über die Ungerechtigkeiten in unserer Zeit auf die Bekämpfung der Not und Unmenschlichkeit auch dort konzentrieren, wo diese nicht im Mittelpunkt weltweiter Konflikte steht, verpflichtet auch die politischen Parteien.

Nachdem Delegationen anderer Parlamente bereits die Bereiche der tragischen und furchtbaren Kämpfe besucht haben, forderten

viele kirchliche, humanitäre und Jugendgruppen zu Recht, daß auch Vertreter der Fraktionen des Deutschen Bundestages durch ihre Anwesenheit in den Gebieten der Not ihrem Eintreten für die Achtung und den Schutz des Lebens von Menschen und Gruppen vor Hunger und Massenvernichtung sowie für einen gerechten Waffenstillstand und Frieden Ausdruck geben.

Die Zurückhaltung gegenüber jeder Einmischung in die Angelegenheiten der afrikanischen Staaten, Nationen und Volksgruppen kann uns unserer Sorge um die Unterstützung der schrittweisen friedlichen Durchsetzung des Schutzes von Menschenrechten nicht entheben. Es ist selbstverständlich, daß deutsche Vertreter dies in Bescheidenheit und mit Maß, aber auch mit jenem klaren Bekenntnis zu den Menschenrechten tun, zu dem uns die eigene Vergangenheit verpflichtet.



**DIE  
WOCHE  
IM  
BUNDES  
TAG**

Erwartungsgemäß hat der Bundestag den Beschluß des Bundestages zum Vorschlag des Vermittlungsausschusses zur **Finanzverfassungsreform** nicht akzeptiert, so daß jetzt eine zweite Runde im Vermittlungsausschuß stattfinden wird. Der Vermittlungsausschuß tritt wieder am 21. April zusammen. Da der Bundestag und die Bundesregierung nur in einem einzigen Punkt, nämlich bei der Verteilung der Körperschaftsteuer eine Änderung wünschen, ist zu hoffen, daß diesmal im Vermittlungsausschuß ein Vorschlag herauskommt, der dann auch im Bundestag und im Bundesrat die notwendige Zweidrittelmehrheit findet.

Bis zum Ende der Legislaturperiode stehen dem Parlament nur noch sieben Arbeitswochen zur Verfügung. Die Abgeordneten müssen daher mit äußerster Intensität arbeiten, wenn die Fülle der Programmpunkte, die noch zu erledigen sind, in Ruhe und ohne Störungen durch Wahlkampföne abgewickelt werden sollen. Die CDU/CSU-Fraktion ist entschlossen, bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Arbeit im Bundestag sachlich zu Ende zu führen. Sie erwartet, daß auch der Koalitionspartner die gleiche Haltung einnimmt.

★

Um die noch für diese Legislaturperiode vorgesehene Gesetzgebungsarbeit zeitlich bewältigen zu können, haben eine Reihe von Bundestagsausschüssen **Sondersitzungen** geplant. So hat der Bundestagsausschuß für Sozialpolitik seinen Mitgliedern Sondersitzungen in den tagungsfreien Wochen bis Ende Juni vorgeschlagen. Auch der Bundestagsausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen sowie der Finanzausschuß wollen sich über die Möglichkeiten, mehr Zeit für Ausschusssitzungen zu finden, in diesen Tagen noch unterhalten.

★

Ein neuer Weg soll künftig bei **Sachinformationen** für die Abgeordneten des Bundestages beschritten werden. Bundestagspräsident von Hassel hat die Bundesregierung gebeten, dafür zu sorgen, daß bei Gesetzesvorlagen in Zukunft ein Vorspann für die Abgeordneten vorausgeliefert werden sollte, der in leichtfaßlicher Form über Inhalt, Bedeutung und eventuelle Kosten des Gesetzesvorhabens informiert.

## Bundeswehr

# Waffen allein genügen nicht

Die personellen Sorgen der Bundeswehr stehen immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Was nützen der Bundeswehr zusätzliche Beschaffungen, die Einführung neuer Waffensysteme, wenn der Bundeswehr die Menschen fehlen, das neue Material instand zu halten, zu bedienen und notfalls mit der größtmöglichen Effektivität einzusetzen.

Die CDU/CSU hat daher zur Verbesserung der personellen Struktur der Bundeswehr im Herbst vergangenen Jahres folgende Maßnahmen gefordert:

1. Wiedereinführung der Besoldung von Anfang an für den Soldaten, der sich für zwei Jahre bei der Bundeswehr verpflichtet;
2. Neuordnung der Laufbahn;
3. Anspruch für länger dienende Zeitsoldaten auf Übernahme in den öffentlichen Dienst;
4. Verbesserung der Besoldung;
5. Vereinheitlichung der Unfallversorgung;
6. Überprüfung der Verpflichtungsprämien;
7. Verbesserung der Unterhaltungsleistungen für Wehrübende;
8. Erhöhung des Entlassungsgeldes.

Zu 1.: Die Wiedereinführung der Besoldung von Anfang an für Soldaten mit einer Verpflichtungszeit von zwei Jahren ist bereits am 28. 12. 1968 Gesetz geworden. Die Richtigkeit dieser Maßnahme hat sich

inzwischen bestätigt. Die Zahl der Z-2 Soldaten steigt an.

Zu 2. und 3.: Zwei Gesetze, die wesentlichen Einfluß auf die Ausgestaltung der künftigen Soldatenlaufbahnordnung haben, sind vom Bundestag und vom Bundesrat in diesem Jahr verabschiedet worden.

**Für die einzurichtende Laufbahngruppe der Fachoffiziere müssen wenigstens 9000 bis 10 000 Stellen zur Verfügung stehen. Für die Dienstgradgruppe der Stabs- und Oberstabsfeldwebel stehen bis zu 6000 Stellen zur Verfügung.**

Die Dienstgradgruppe der Stabs- und Oberstabsfeldwebel muß auslaufen, weil die Fachoffizierslaufbahn ausschließlich eine Aufstiegslaufbahn sein wird.

**Bei Beachtung dieser Grundsätze werden künftig wesentlich mehr Unteroffiziere als bisher die Möglichkeit haben, in die mittlere Führungsschicht der Bundeswehr aufzusteigen.**

Denjenigen Stabs- und Oberstabsfeldwebeln, die nicht in die neue Laufbahngruppe übernommen werden wollen oder können, gibt das

Gesetz die Möglichkeit, mit dem 52. Lebensjahr in den Ruhestand zu gehen, wobei sie einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 4000 DM erhalten. Neben der Einführung des Fachoffiziers wird der Unteroffiziersanwärter eingeführt.

Die CDU/CSU ist der Meinung, daß die Zahl der Berufsunteroffiziere verkleinert werden sollte und möglichst viele Aufgaben aus diesem Bereich dem Zeitsoldaten übertragen werden sollten. Voraussetzung dafür ist allerdings die möglichst baldige Verabschiedung des Eingliederungsgesetzes.

Zu 4.: Das zweite Besoldungsneuregelungsgesetz ist verabschiedet. Dieses Gesetz sieht u. a. vor, daß der Stabsunteroffizier künftig nach A 6, der Feldwebel nach A 7, der Oberfeldwebel nach A 7 und eine Zulage von 31 DM, der Hauptfeldwebel nach A 8 und eine Zulage von 40 DM besoldet wird. Desgleichen wurden die Ortszuschläge bei den unteren Einkommensgruppen in die Ortsklasse A angehoben.

Zu 5.: Die Unfallentschädigung für besonders gefährdete Dienstposten muß vereinheitlicht werden. Warum soll die Witwe des Hubschrauberpiloten schlechter gestellt sein, als die des Starfighterpiloten?

Zu 6.: Neben den vorgenannten Maßnahmen muß als ergänzende Maßnahme eine Neuordnung der Weiterverpflichtungsprämien erfolgen. Der Schwerpunkt muß auf der Z-4- und Z-8-Soldaten gelegt werden.

Zu 7. und 8.: Ein ebenso wichtiges Problem ist die Frage der Wehrgechtigkeit. Maßnahmen zugunsten der Wehrpflichtigen wurden bereits in die Tat umgesetzt. Das Entlassungsgeld wurde verdoppelt. Auch die Verdienstausfallentschädigung für die wehrübenden Reservisten wurde erhöht.

## Dr. Heck: Die Regierung nicht unter Druck setzen

Fortsetzung von Seite 1

Die sowjetische Botschaft versucht uns in ihrer Zeitschrift „Sowjetunion heute“ ein Bild des heutigen Rußlands zu vermitteln, — so weit, so gut. Aber nicht gut ist, wenn in diesem Bulletin der sowjetischen Botschaft das gastgebende Land in grober, ja hin und wieder auch in beleidigender Form verunglimpft wird.

Im Februarheft wird sogar der Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik propagiert.

Das ist die Lage, und das müssen wir bedenken, wo es darum geht, den Nichtverbreitungsvertrag zu unterschreiben. Wir stehen unter keinem Druck. Der amerikanische Präsident hat klar erkennen lassen, daß er unsere Unterschrift unter diesen Vertrag als unsere Angelegenheit ansehe.

Er hat ebenso volles Verständnis dafür gezeigt, daß wir unsere Sicherheit und unsere Interessen garantiert sehen wollen. **Warum die Sozialdemokraten die Regierung auf das sofortige Unterschreiben hin unter Druck setzen wollen, ist unverständlich.**

Wir sind ohnedies in einer einzigartigen Lage. Denn wir haben auf solche Waffen längst verzichtet, und wir sind auch das einzige Land, demgegenüber die Sowjetunion sich anmaßt, nach Belieben militärisch intervenieren zu können. Und dann sollten wir nicht vergessen, daß wir ein Nachbarland der Tschechoslowakei sind; der 21. August ist ein böser Tag für Hoffnung und Frieden.

**Dort, wo es um unsere Sicherheit und unsere Existenz für die Zukunft geht, sollte man nicht kurzfristig und leistungshungrig etwas vorschnell unterschreiben wollen, einfach um Entschlossenheit und Er-**

**folge vorweisen zu können.** Was soll das Rezept, man solle zunächst einmal unterzeichnen, man habe dann ja noch Zeit genug zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung durch das Parlament, die noch offenen Fragen zu klären?

Zur Zeit ist ein sachliches Urteil über unsere endgültige Entscheidung kaum möglich. Immer noch bleibt unsicher, ob die Nutzung der Atomkernenergie für friedliche Zwecke der Wissenschaft und der Wirtschaft nicht doch behindert werden. Immer noch ist nicht ganz klar, ob dieser Vertrag nicht doch als weitere Barriere gegen die europäische Einigung mißbraucht werden kann. Und immer noch müssen wir davon ausgehen, daß eine militärische Besetzung der Bundesrepublik zu den politischen strategischen Überlegungen sowjetischer Politik gehört.

**Die Regierung trägt in dieser Stunde eine hohe Verantwortung. Niemand soll sie unter Druck setzen suchen, auch nicht angesichts der Tatsache, daß am 28. September ein neuer Bundestag gewählt wird.**

## Wirtschaftspolitik

# Aufhebung der Preisbindung dient nicht dem Verbraucher

**Auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD im März 1969 in Bochum hat Wirtschaftsminister Schiller der CDU vorgeworfen, die Kartellnovelle und damit die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand torpediert zu haben. Gäbe es im Einzelhandel keine gebundenen Preise mehr — so Schiller —, dann wäre der gesamte Lebenshaltungskostenindex um ein Prozent niedriger.**

Schillers Versuch, für die — wegen der augenblicklichen Hochkonjunktur — möglichen Preissteigerungstendenzen den parteipolitischen Gegner verantwortlich zu machen, muß zur Verwirrung bei den Verbrauchern führen. Zu erklären ist dieser taktische Winkelzug nur aus der derzeitigen Debatte um die gefährdete Stabilität, der sich der als „Wachstumsideologe“ bezeichnete SPD-Wirtschaftsminister aus wahltaktischen Überlegungen nicht entziehen kann. Schiller hat den Verbrauchern versprochen, die jährliche Preissteigerung auf ein Prozent zu beschränken; jetzt, wo die Preise drohen davonzulaufen, wird der Sündenbock nicht im Wirtschaftsministerium sondern bei der Preisbindung der zweiten Hand gesucht.

**Was kann der stabilitätsorientierte Verbraucher eigentlich tatsächlich von einer Aufhebung der Preisbindung erwarten? Wenn man Äußerungen der berufenen Advokaten aus Wirtschaftsministerium und Kartellamt heranzieht: Merkliche Preissenkungen bei bisher preisgebundenen Markenartikeln wird es nicht geben.**

Der Leiter der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Schlecht, warnte Mitte 1968 in Berlin anlässlich der Bekanntgabe des Kartellberichts 1967, daß von der Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand „Wunder nicht zu erwarten“ seien. Und Bundeskartellamtspräsident Dr. Günther mußte in einem Interview zugeben: „Es kann aber auch sein, daß mit der Aufhebung der Preisbindung die Preise steigen.“

Diese Äußerungen bestätigen das, was immer wieder kritisch zur Aufhebung der Preisbindung gesagt wurde. Bedeutende Preissenkungen bei Aufhebung der Preisbindung — so wurde mit Recht angeführt — sind nicht möglich, weil der Einzelhandel die Einkommensverluste, die durch Reduzierung seiner Handelsspanne bei Wegfall der Preisbindungen entstehen, durch Preisaufschläge (Service, Reparaturdienst) zu vermeiden suchen wird.

Darüber hinaus sollte man auch sehen, daß die scheinbar so exakten Zahlen des Wirtschaftsministers auf falschen Berechnungen beruhen: ein Rückgang des Lebenshaltungskostenindex um ein Pro-

zent wäre ja nur dann möglich, wenn der Warenkorb, der diesem Index zugrunde liegt, genau zehn Prozent preisgebundene Markenmittel enthält, bei denen durch Fortfall der Preisbindung dann — wie Schiller annimmt — Preissenkungen in Höhe von zehn Prozent eintreten.

Wer die Zusammensetzung des Warenkorbs für den Lebenshaltungskostenindex kennt, weiß, daß preisgebundene Artikel einen we-

## Die Grenzen überwinden

**Unbeirrt durch das Anerkennungsgerede und die Kapitulationsangebote politischer Kreise verschiedenster Parteifärbung hat es die CDU auch in jüngster Zeit nicht an klaren Worten fehlen lassen, daß die endgültige Festlegung der künftigen deutschen Ostgrenzen von einem gerechten Ausgleich mit Polen abhängig ist.**

Der neue Vertriebenenminister hat noch einmal unmißverständlich geäußert, daß die Oder-Neiße-Frage fernab von allen Emotionen realistisch zu betrachten sei. Zwar stellt sich im Augenblick die Grenzfrage nicht, denn Warschau zeigt nicht die geringsten Anzeichen einer Verhandlungsbereitschaft. Gleichwohl muß nach Ansicht Windelens eine Lösung gefunden werden, die für die Zukunft ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Polen möglich macht.

sentlich geringeren Anteil an einem solchen Warenkorb haben, als Schiller vorgibt. Administrierte Preise — also zum Beispiel die Preise für landwirtschaftliche Produkte, Mieten, Dienstleistungen, Industrieerzeugnisse usw., umfassen fast den gesamten Warenkorb. Berechnungen kommen allenfalls auf einen Anteil von sechs bis sieben Prozent preisgebundener Waren am Warenkorb, der für die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie repräsentativ ist und der auch dem offiziellen Lebenshaltungskostenindex zugrundeliegt.

Dann allerdings müßte eine andere Rechnung aufgemacht werden: statt der in der Hochkonjunktur sowieso nicht durchsetzbaren Preissenkung von einem Prozent des Wirtschaftsministers lassen sich theoretisch nur noch rund 0,5 Prozent mögliche Preisniveausenkung errechnen.

Und selbst dann muß es realistischen Beobachtern unvernünftig erscheinen anzunehmen, daß die beim Zusammenbruch überhöhter Handelsspannen in der Vergangenheit aufgetretenen Preissenkungen sich auch in Zukunft wiederholen würden. Heutzutage verhindern Wettbewerb und Quasimarkenartikel, Discounter, Versandhandel, Warenhäuser und Lebensmittelkettengeschäfte, daß zu reichlich bemessene Handelsspannen sich überhaupt durchsetzen könnten.

**Vielmehr würde die Folge eines Verbots der Preisbindung sein, daß der Verbraucher die Übersicht bei diesen für den täglichen Bedarf so wichtigen Markenwaren verliert. Es ist wohl Illusion anzunehmen, daß es sich bei den heute noch preisgebundenen Artikeln um Waren handelt, bei denen die Hausfrau durch Vergleich in vielen oder auch nur mehreren Geschäften den „besten“**

Wenn man selbst davon ausgeht, so meinte Windelen, daß nur ein geringer Teil der Vertriebenen in die alte Heimat zurückkehren wolle und dort nicht alle nach dem Kriege angesiedelten Polen zu bleiben gedächten, würde genügend Platz für beide vorhanden sein. Das Heimatrecht, das für den Westen materielles Recht sei, müsse man auch den Polen zugestehen.

Bei allen Versuchen, eine Verständigung zu erreichen, könne man nicht beim Stand von 1945 anfangen, aber auch nicht beim Stand von heute aufhören. Das Ziel der Union bleibt es, wie Bundesvertriebenenminister Windelen es formulierte: **Die Grenzen auch im Osten zu überwinden, wie dies in Westeuropa bereits geschehen ist. Wenn wir die Grenzen überwinden und zu größeren Einheiten kommen, werden Grenzfragen nicht mehr Streitfragen sein.**

**Preis findet und so kostengünstig einkauft.**

Der Anstieg des Preisniveaus kann nicht durch Aufhebung der Preisbindung verhindert werden, das muß eine aktive Konjunktur — sprich: Stabilitätspolitik tun. Die Grundlagen hierfür wurden durch die von der Bundesregierung unter Mitwirkung, insbesondere von Finanzminister Strauß, beschlossenen Maßnahmen zur Fortführung der Stabilitätspolitik gelegt. Mit der Aufhebung der Preisbindung kann man dem Verbraucher nicht dienen.

## PERSONALIEN

Nach 6jähriger Tätigkeit trat der bisherige Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend, Minister **Wilfried Hasselmann**, zurück. An seiner Stelle wurde **Martin Horstmeier**, CDU-MdB, gewählt. 2. Stellvertreter wurde **Josef Briem**. Horstmeier und Briem sind Mitglieder des JU-Bundesarbeitskreises für Agrarpolitik.

★

In der satzungsgemäßen Mitgliederversammlung der Heinrich-von-Brentano-Gesellschaft wurden als neue Mitglieder die Herren **Dumann**, **Echternach**, **Dr. Riesenhuber**, **Seiters** und **Wohlrabe** aufgenommen. Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus **Dr. Egon A. Klepsch**, MdB, als Vorsitzender, Fräulein **Marlies Zwick** als stellvertretende Vorsitzende und **Manfred Dumann** als geschäftsführender Vorsitzender. **Dr. Kraft** hatte sein Amt in der von ihm begründeten Gesellschaft aus beruflichen Gründen niedergelegt.

★

Mit einem Empfang in der Parlamentarischen Gesellschaft verabschiedete der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Dr. Egon Alfred Klepsch, MdB, den bisherigen Bundessekretär **Dr. Lothar Kraft**, der dreieinhalb Jahre die Geschäfte der Jungen Union Deutschlands geführt hatte. Dr. Kraft übernahm am 1. April eine leitende Stellung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als Nachfolger wurde von den Führungsgremien der Jungen Union der bisherige Landessekretär der Jungen Union Bayern, **Manfred Dumann**, gewählt.

★

Kaufmann **Max Vehar** (58) wurde erneut zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Mülheim an der Ruhr gewählt. Stellvertreter wurde der 35jährige Gewerkschaftssekretär und CDA-Vorsitzende Albert Keil.

★

**Eugen Gerards**, Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Erkelenz, vollendet am Ostersonntag sein 65. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß hat er DM 10 000,— gestiftet, die als Grundstock für eine Kunstsammlung im Kreis Erkelenz bestimmt sind.

★

In seiner letzten Sitzung hat der Landesparteivorstand den Organisationsleiter des Landessekretariats, **Heinz Haupt**, zum stellvertretenden Landesgeschäftsführer bestellt. Heinz Haupt steht seit 23 Jahren in den Diensten der rheinischen CDU. Er begann 1946 im Landessekretariat unter dem inzwischen verstorbenen Landesgeschäftsführer Dr. Hans Schreiber. Die Leitung der Abteilung Organisation wurde ihm 1952 übertragen.

# AKTUELL

Die rheinische Landespartei steht in diesem Monat im Zeichen von drei wichtigen Hauptversammlungen.

Für den 26./27. April hat die Junge Union Rheinland eine Landestagung unter dem Motto „Frieden in der Welt von morgen“ in Oberhausen einberufen, auf der u. a. der Landesvorsitzende Konrad Grundmann, MdL, der Vorsitzende des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen, Dr. Wilhelm Lenz, MdB, und Bundesverteidigungsminister Dr. Schröder, MdB, sprechen werden. Den 250 Delegierten liegen Arbeitspapiere zur Problematik des Atomwaffensperrvertrags, der Verjährung und des Wehrdienstausgleichs vor.

„Mittelstand in der modernen Zeit“ ist die Thematik des 12. rheinischen Mittelstandstages am 28. April in der Stadthalle von Neuß. In drei Arbeitskreisen befassen sich die Delegierten mit wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Hauptredner sind die Parteifreunde Dr. Wilhelm Lenz, MdL, („Unser Land heute und morgen“) und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, MdB („Die Herausforderung annehmen“).

## Öffentlichkeitsarbeit

# Nur sachkundige Vertreter der Partei sind gefragt

In der letzten Ausgabe dieses Informationsdienstes haben wir auf die Möglichkeiten hingewiesen, die sich im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für Kreis- und Landesverbände aus der aktiven Teilnahme an Ausstellungen und Kongressen ergeben.

Wenn in einem solchen Fall — etwa bei einer hauswirtschaftlichen Ausstellung — ein Stand gemietet wird, ist es unerlässlich, daß zu den allgemeinen Besuchszeiten stets ein Landtags- oder Kreistagsabgeordneter oder ein kompetenter CDU-Vertreter zugegen ist, der verbindliche Auskünfte über die Politik der CDU und zu einzelnen Fachfragen aus dem Bereich der entsprechenden Ausstellung geben kann.

Schon aus „optischen“ Gründen muß ein solcher Stand immer von mindestens 2 bis 3 Personen besetzt sein. Wenig sinnvoll wäre es, nur Prospektmaterial verteilen zu lassen oder gar nur zum Mitnehmen auszuliegen. Auch würde es einen schlechten Eindruck machen, Fragesteller an die entsprechende Kreisgeschäftsstelle oder das Büro der CDU-Fraktion zu verweisen.

In einem solchen Fall ist ein Zuviel immer besser als ein Zuwenig, jedoch gilt folgende Einschränkung: Ebenso schädlich wie Fragesteller abzuweisen ist es, wenn

man hilfswillige, aber unerfahrene CDU-Mitglieder Sachauskünfte geben läßt. Ein informierter Gesprächspartner findet sehr schnell heraus, ob er jemanden vor sich hat, der „Bescheid weiß“ oder nicht und wird sich im negativen Fall enttäuscht von der CDU abwenden.

Im folgenden vervollständigen wir die Liste von Ausstellungen und Kongressen in der Bundesrepublik zwischen Mai und September dieses Jahres:

- 10.—18. 5. 800-Jahr-Feier der Stadt Melle bei Osnabrück
- 13. 5. Offenburg, 82. Offenburger Weinmarkt
- 18. 5. Bielefeld, Sängertag 1969 des deutschen Sängerbundes
- 31. 5.—8. 6. Hockenheim, 6. Bad. Ausstellung für Industrie und Gewerbe
- 31. 5.—8. 6. Schwenningen, Süd-West stellt aus — 10. Messe für Industrie, Handel und Landwirtschaft
- 16.—20. 6. Bad Godesberg, Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes

## Sorgfältig vorbereiten

Die hier genannten Gelegenheiten werden sicher nicht alle ausgenutzt werden können, wie es andererseits Ereignisse geben wird, die hier

18.—28. 6. Düsseldorf, Kongreß des internationalen Krankenhausverbandes mit 5. Deutscher Krankenhausstag mit Ausstellung INTER-HOSPITAL

22.—29. 6. Kiel, Kieler Woche 1969

27.—29. 6. Gießen, „Hessentag 1969“

28. 6.—6. 7. Heppenheim, Bergstraßeer Weinmarkt

2.—5. 7. Mainz, Deutscher Bauernstag 1969

3.—4. 7. Nürnberg, Deutscher Handwerkstag 1969

16.—20. 7. Stuttgart, 14. Deutsche Evangelischer Kirchentag

15.—19. 8. Bad Kreuznach, Hauswirtschaftliche Ausstellung

21.—25. 8. Bad Hersfeld, 70. Deutscher Wandertag

23.—27. 8. Offenbach, Intern. Lederwarenmesse

24.—27. 8. Frankfurt/Main, Intern. Frankfurter Herbstmesse

29. 8.—7. 9. Stuttgart, Deutsche Funkausstellung 1969

29. 8.—8. 9. Mainz, Mainzer Weinmarkt

30. 8.—7. 9. Offenburg, INTERVITIS — Int. Weinbauausstellung und 47. Deutsch. Weinbaukongreß

September/Oktober Stuttgart, 124. Canstatter Volksfest 1969

11.—21. 9. Frankfurt/Main, 44. Intern. Automobilausstellung

13.—14. 9. Kaiserslautern, NATO-Musikfestival

13.—28. 9. Ulm/Donau, 3. Ausstellung Fertigbau 69

14. 9. Rheydt, Rheydter Blumenkorso 69

nicht genannt sind, aber von der örtlichen CDU wahrgenommen werden.

Entscheidend für den Erfolg eines Messe-Standes sind kurz zusammengefaßt folgende Kriterien:

- Geschmackvolle Ausschmückung; d. h. weithin sichtbare CDU-Initialen möglichst in dem Rot der letzten Bundes- und Landtagswahlen, großformatige Bilder von Bundeskanzler Kiesinger und anderen CDU-Spitzenpolitikern (preisgünstig bei der Bildstelle des Bundespresseramtes, 53 Bonn, Welckerstraße, zu beziehen);

- genügend Informationsmaterial; etwa entsprechende Auszüge aus dem Berliner Programm oder Broschüren aus dem Schriftenkatalog der Bundesgeschäftsstelle;

- ständige Anwesenheit fähiger Gesprächspartner.

In jedem Fall wird eine rechtzeitige Anmeldung zu einer solchen Ausstellung einen günstigen Platz in der entsprechenden Ausstellungshalle sichern. Das zuständige Verkehrsamt wird über die Veranstalter Auskunft geben können.

## Fernsehen, Funk, Film

„Die Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik sollen möglichst umfassend über die Bundestagswahl 1969 unterrichtet werden. Zu diesem Zweck werden ARD und ZDF einen Wahlsonderdienst einrichten, in vorbereitenden Sendungen auf die Bedeutung der Wahl hinweisen, die Zuschauer mit der Technik des Wahlvorgangs vertraut machen und den Parteien Gelegenheit zur Selbstdarstellung geben.“ So heißt es in einer zwischen der ARD, dem ZDF und den im Bundestag vertretenen Parteien getroffenen Vereinbarung über den „Fernseh-Wahlkampf 1969“. Die politisch interessierten Zuschauer werden bereits festgestellt haben, daß beide Fernsehprogramme bereits zahlreiche Sendungen ausgestrahlt haben, die in Zusammenhang mit der Wahl stehen.

Die Sendezeiten für die Parteien sollen in diesem Jahr wie folgt aufgeteilt werden: Die SPD erhält 25 Minuten, die in fünf Sendungen à fünf Minuten aufgeteilt werden. Die CDU teilt ihre 20minütige Sendezeit in drei Sendungen zu fünf und zwei à zweieinhalb Minuten auf. FDP und CSU werden mit je 12,5 Minuten Sendezeit bedacht, die sich in je zwei fünfminütigen Sendungen und eine zweieinhalbminütige Sendung aufgliedern. Für die NPD sind 7,5 Minuten (je eine Sendung von fünf und zweieinhalb Minuten Dauer) vorgesehen. Außerdem sind weitere 17,5

Minuten Sendezeit in Reserve gehalten worden für Parteien, die ebenfalls Anspruch darauf haben, deren Umfang sich jedoch noch nicht genau übersehen läßt. Alle Sendungen werden unmittelbar nach der „Tagesschau“ bzw. nach „Heute/Themen des Tages“, also zur günstigen Zeit, ausgestrahlt.

Die CDU wird den Fernseh-Wahlkampf am 2. September eröffnen, die SPD ihn am 26. September beschließen. Sollte es zwischen den Parteien und den Fernsehanstalten zu Meinungsverschiedenheiten kommen, so wird ein Schiedsrichter bestellt. Für diese Aufgabe hat sich der Leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn, Dr. Pfromm, zur Verfügung gestellt. Die Rundfunkanstalten stellen ihre Mitarbeiter und ihre technischen Einrichtungen den Parteien übrigens kostenlos für die Ausstrahlung der Sendungen bereit.

Am Wahltag werden beide Fernsehsysteme eigene Wahlsonderdienste einrichten, über deren Einzelheiten „Union in Deutschland“ bereits zu einem früheren Zeitpunkt berichtet hat. Um eine möglichst große Wahlbeteiligung zu erreichen, werden die ARD und das ZDF auch diesmal den Bundestagspräsidenten, Kai-Uwe von Hassel, bitten, am Sonnabend vor der Wahl die Bevölkerung mit einem Appell zur Teilnahme an der Bundestagswahl aufzurufen. —dz—

## Wirtschaftspolitik

# Die „Legende“ der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten haben in letzter Zeit wiederholt versucht, sich im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966 als Retter des Vaterlandes darzustellen. Diese Legende widerlegte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Burgbacher während der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag. Prof. Burgbacher erklärte u. a.:

Sie, meine Herren Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei, sollten uns nicht unnötig zum Widerspruch reizen, indem Sie offenbar an keinem Tag unterlassen können, die Legende von dem ersten, krisenhaften Zustand der deutschen Wirtschaft bei der Bildung der Großen Koalition zu verbreiten.

Das ist eine Legende. Es war keine Krise, es war eine Rezession. In dem Jahr ist das Brutto sozialprodukt um 0,5 Prozent zurückgegangen, und die Zahl der Arbeitslosen ist niemals über die international anerkannte Krisenwelle gestiegen. Dann aber haben Sie kein Recht, von einer Krise zu sprechen. Sie können nur von einer Rezession sprechen.

## Rationalisierung brachte Vorteile

Diese Betrachtung veranlaßt mich, auch einmal die andere Seite der Rezession kurz zu beleuchten. Wer in dieser Zeit in der Praxis, an der Front, betriebswirtschaftliche Erfahrungen gesammelt hat, der weiß ganz genau, daß die Rezession neben den bekannten unangenehmen Erscheinungen eine sehr gewichtige Wirkung für Rationalisierung, für Technisierung, für Kostenersparnis und viele andere betriebswirtschaftlich positive Folgen gehabt hat.

Diese Wirkung der Rezession ist eine der Ursachen dafür, daß das Kapazitätswolumen der deutschen Wirtschaft nach Abschluß der Rezession de facto größer war, als es vorher ohne die Rationalisierung war.

## Rezession bewirkte Stabilität

Die beinahe absolute Stabilität, die nach Abschluß der Rezession zu verzeichnen war, ist — ich bitte um Entschuldigung — primär eine Folge der Rezession. Alle, Unternehmer und Arbeitnehmer, standen noch unter dem Eindruck der Gefahr, daß die Rezession sich verschärfte. Das hat dazu geführt, daß wir eine ganze Zeitlang eine fast absolute Stabilität hatten. Ich bitte Sie also darum, daß wir uns hier nicht so darstellen, als ob einer dem anderen die Regierungsfähigkeit absprechen wollte. Das wäre für keinen nützlich und für die

Demokratie schlecht. Wir sollten in allem Maß halten. In allem Maß halten. Jawohl, was ich sage, gilt für alle.

Am Schluß habe ich noch einen ganz anderen Gedanken, den ich den Herren Ministern nur ans Herz legen kann. Ich möchte ein kurzes Wort von der Teufelei der Durchschnittszahlen sagen. Der Menschengeist braucht primitive Stützen zur Anschaulichkeit, das ist alles richtig. So sind wir gewohnt, mit Durchschnittszahlen zu arbeiten.

## Reform der Doppelbesteuerung

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik der CDU hat in eingehenden Beratungen — insbesondere seines Unterausschusses „Finanzen und Steuern“ — den Vorschlag von Prof. Stützel zur Reform der Doppelbesteuerung von Beteiligten untersucht und festgestellt:

I. Der sogenannte Stützel-Plan entspricht den Vorstellungen der CDU zur Förderung des Beteiligungssparens in breiten Schichten und der Erleichterung der Beteiligungsfinanzierung aller Unternehmensformen (vgl. Berliner Programm Ziffer 57).

II. Der Ausschuß legt folgende Anmerkungen und Ergänzungen vor:

● Nach dem Stützel-Plan sollen alle gewerblichen Betriebe mit der Teilhabersteuer (als Vorauszahlung auf die Einkommensteuer) belastet werden. Dies wird als unzumutbar abgelehnt. Einzelfirmen und Personalgesellschaften sollen auch in Zukunft nicht der Körperschaftsteuer (sprich Teilhabersteuer) unterworfen werden. Damit ist der Stützel-Plan auf eine Anrechnungsfähigkeit der Körperschaftsteuer reduziert.

● Die Höhe des voraussichtlichen Steuerausfalls bei der Reform der Doppelbesteuerung kann nicht sicher geschätzt werden. Jedenfalls wird der Steuerausfall so hoch sein, daß der Schritt der Anrechnungsfähigkeit der bezahlten und zurückgestellten Körperschaftsteuer nicht auf einmal vollzogen werden kann. Man könnte daher ins Auge fassen, daß fürs erste nur 40 Prozent oder 50 Prozent der Körperschaftsteuer durch Gesetz

Die wichtigste Durchschnittszahl ist die Veränderung des Brutto sozialprodukts. Die nächstwichtigste ist die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Beide sind problematischer Natur, wenn man sie zur Maxime allen Handelns macht. Denn die Durchschnittszahl der Steigerung des Brutto sozialprodukts ergibt sich aus einer Mischung von vielleicht branchenmäßigen oder betriebsgrößenmäßigen oder automationsgradmäßigen Veränderungen zwischen minus zehn oder zwanzig und plus zehn oder zwanzig Prozent. Im Schnitt kommen 5, 6, 7, 8 oder 9 Prozent heraus.

Wenn das zur Maxime des Handelns gemacht wird, könnten Spannungen nicht ausbleiben. Dann ist im Ergebnis die Stabilität durch die Durchschnittszahl gefährdet, sofern man allein danach handelt. Ich weiß, wie schwierig es ist, es anders zu machen. Aber schließlich sind wir ja alle auf der Welt, um unseren Kopf anzustrengen, über das Schwierige das relativ Richtige zu finden. Wir müssen in unserer Wirtschaftspolitik in höherem Maße sektorale und regionale Betrachtungen einführen und etwas weniger von Durchschnittszahlenarithmetik reden.

als anrechnungsfähig erklärt werden.

● Bei Aktien, die den Besitzer gewechselt haben, muß die anrechnungsfähige Körperschaftsteuer zeitanteilig aufgeteilt werden. Um die Kreditinstitute von allzu umfangreicher Arbeit zu entlasten, schlägt der Ausschuß vor, daß die zeitanteilige Anrechnung der Körperschaftsteuer an die Voraussetzung einer bestimmten Besitzdauer, zum Beispiel von mindestens einem Monat oder mindestens einem Vierteljahr, knüpft.

● Die Heraufsetzung der Körperschaftsteuer auf 53 Prozent bzw. 55,65 Prozent bei Berücksichtigung der Ergänzungsabgabe und der Wegfall des gespaltenen Körperschaftsteuersatzes stellen zwar wegen des Liquiditätsentzugs eine erhebliche Mehrbelastung der Unternehmen dar, die zur Verbesserung der Liquidität dann notwendigen häufigeren Kapitalerhöhungen („Schütt aus — hol zurück“) verteuern auch die Eigenfinanzierung um die Emissionskosten und die Dividenden auf die Kapitalerhöhung.

● Eigentumpolitisch positiv zu werten ist, daß der Stützel-Plan durch die Anrechnungsfähigkeit der Körperschaftsteuer auf die persönliche Einkommensteuer zu einer breiten Streuung des Aktienbesitzes führt. Für viele Aktionäre mit niedrigem Einkommensteuersatz wird infolge der hohen Körperschaftsteuerrückstattung der Besitz einer Aktie auch dann noch interessant, wenn auf diese Aktie überhaupt keine Dividende ausgeschüttet wird.

## POLITISCHES LEXIKON

**Außenwirtschaftliches Gleichgewicht:** Während amerikanische Firmen in einem Zeitraum von sieben Jahren (1961—1968) in der Bundesrepublik 7,5 Milliarden Mark investierten, haben in einem mehr als doppelt so langen Zeitraum (1952—1968) deutsche Unternehmen in den USA nur 2,2 Milliarden investiert. Zum Ausgleich dieses auch anderen Industrienationen gegenüber bestehenden Mißverhältnisses hat das Bundesfinanzministerium ein Sofortprogramm zur Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland vorgelegt. Es umfaßt unter anderem Maßnahmen zur Kreditgewährung und zum Abbau steuerlicher Hemmnisse.

Verstärkte Auslandsinvestitionen stabilisieren auf lange Sicht nicht nur das Exportvolumen der deutschen Wirtschaft, sie tragen auch zur Entlastung des inländischen Marktes bei. Darüber hinaus haben sie eine nicht geringe politische Bedeutung, weil sie mit der wirtschaftlichen Verflechtung das gegenseitige Verständnis in der freien Welt fördern.

**Interparlamentarische Union:** Sie wurde vor achtzig Jahren in Paris während der Weltausstellung gegründet und stellt einen losen Zusammenschluß von Parlamentariern aus der ganzen Welt dar. Die Abgeordneten wollen durch persönliche Kontakte dazu beitragen, Demokratie und Frieden über nationale Grenzen hinweg zu stärken. Die Interparlamentarische Union ist kein Exekutivorgan, die Ergebnisse ihrer Jahrestagungen haben daher auch nicht den Charakter von verbindlichen Beschlüssen, sondern geben nur Anregungen. Das Dokumentationszentrum, das die Union in Gent unterhält, führt Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des Parlamentarismus durch.

**Baath-Partei:** Baath bedeutet im arabischen Sprachraum Auf-erstehung oder Erweckung. So taufte im Jahre 1943 zwei Lehrer in Damaskus die von ihnen ins Leben gerufene Partei, deren Parolen Einheit, Freiheit und Sozialismus lauteten.

Seither hat die Baath-Partei mehr im Untergrund denn als Regierungspartei an der Politik in den arabischen Ländern mitgewirkt. Außer den bedeutungslosen kommunistischen Gruppierungen in diesem Raum ist sie die einzige politische Organisation, die im westlichen Sinne als Partei bezeichnet werden kann.

# BRIEFE!

Der Wirtschaftsrat der CDU und seine Mittelstandsvereinigung haben sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen. Können Sie mir erläutern, warum dieser Zusammenschluß notwendig gewesen ist?

Ursula B., Oelde

**Antwort:** Die Delegiertenversammlung hat bei der Gründung der Wirtschaftsvereinigung der CDU eine Satzung verabschiedet, die eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit von Mittelstandskreis und Wirtschaftsrat vorsieht. Gleichzeitig ist gewährleistet, daß jede Gruppe ihre eigene Arbeit – entsprechend ihrer Zielsetzung und ihrer Organisationsform selbstständig weiterführen kann. Vermieden wird ein Nebeneinander konkurrierender Gruppen in der Partei; die Gefahr, daß daraus ein Gegenüber einander werden könnte, ist beiseite.

An einem konkreten Beispiel, nämlich dem der Lohnfortzahlung erläutert, heißt die neue Zusammenarbeit abwägen, koordinieren und gemeinsam planen: für den großen Betrieb z. B. stellt die Lohnfortzahlung nach der arbeitsrechtlichen Regelung überhaupt kein Problem dar; bei dem Handwerksmeister aber, dem von fünf Gesellen zwei fehlen, entsteht die gleiche Situation, wie wenn von 5000 Beschäftigten im Großbetrieb 2000 nicht am Arbeitsplatz erschienen wären. Aus dieser Verschiedenheit der Interessen ergab sich der Zwang, Wirtschaftsrat und Mittelstandskreis zu vereinen, damit beider Interessen zugunsten der Gesamtwirtschaft auf einen Nenner gebracht werden können.

## Aus den Vereinigungen

# Im Spannungsfeld unserer Zeit

„Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“ ist das Thema eines Kongresses der CDU am 11./12. April im Neuen Pfalzbau zu Ludwigshafen. Bundesminister Aenne Brauksiepe, MdB und Staatsminister Dr. Heinrich Geissler/Mainz halten die beiden Hauptreferate des ersten Tages unter dem Motto „Familie – Zuflucht oder Sprungbrett“.

In einem anschließenden Podiumsgespräch sollen unter der Leitung von Dr. Helga Wex, MdB, die Probleme aufgezeigt werden, die sich aus der fortschreitenden Technisierung der Umwelt für den Menschen ergeben.

Am Freitag, 11. 4. 1969, nachmittags spricht Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger auf dem Kongreß und am Abend im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz

der CDU in der Friedrich-Ebert-Halle.

Die Redner des zweiten Tages sind Ingrid Sundberg, Abgeordnete des schwedischen Reichstags und Vorsitzende der schwedischen Landesektion der Europäischen Frauen-Union, und der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der CDU, Dr. Helmut Kohl, zu den Themen „Die Verantwortung Europas in der Welt“ und „Die Zukunft der deutschen Demokratie“.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Peter Altmeier, und Dr. Bruno Heck, der Generalsekretär der CDU, werden den etwa 300 erwarteten Teilnehmern und zahlreichen Gästen aus den der Europäischen Frauen-Union angeschlossenen Nachbarländern die Grüße des Gastgeberlandes Rheinland-Pfalz und der Bundespartei überbringen.

## Programm für Zonenrand

Scharfe Kritik an der Vernachlässigung des Zonenrandgebietes übte die hessische Junge Union. Der Bezirksvorsitzende von Osthessen, Hartmann, vertrat die Ansicht, das extreme Wirtschafts- und Sozialgefälle in Hessen, die „Landflucht“ junger Bewohner im Zonen-

randgebiet und die damit verbundene Überalterung machten ein strukturelles Sofortprogramm notwendig. Führungskräfte der Jungen Union aus den Zonengrenzländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wollen deshalb im Mai auf einer Arbeitstagung

in Bad Hersfeld ein Zonenrandförderungsprogramm für alle betroffenen Bundesländer konzipieren. In diesem Programm sollen Vorschläge zur Strukturverbesserung im Zonenrandgebiet und gezielte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung enthalten sein.

Gleichzeitig forderte der Landesvorsitzende der Jungen Union von Hessen, Dr. Riesenhuber, den hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn zum Rücktritt auf. Zinn präsentierte sich als das Oberhaupt eines verbrauchten Kabinetts, das schon vor der letzten Landtagswahl zur Ablösung überfällig gewesen sei. Dr. Riesenhuber verlangte von Zinn, die politischen Konsequenzen aus den mühsam abgewürgten „Thronfolge-Kämpfen“ zu ziehen und einem Jüngeren Platz zu machen. Die Vorgänge in Wiesbaden hätten gezeigt, daß Zinn und sein Kabinett nicht mehr das Vertrauen der Sozialdemokraten im hessischen Landesparlament habe.

## Finanzverfassungsreform drängt

Der Bundesverband der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU und CSU Deutschlands tritt nachdrücklich dafür ein, daß die Finanzverfassungsreform noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet wird. Im Interesse der längst fälligen Gemeindefinanzreform ist eine weitere Verzögerung der Finanzverfassungsreform nicht mehr zu verantworten.

Die Bestimmungen über die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern berühren die Interessen der Gemeinden (Gemeindeverbände) erheblich. Ihnen ist daher an einer gerechten Verteilung besonders gelegen.

Der Bundesvorstand der KPV hält es für erforderlich, im Grundgesetz oder in einem Zerlegungsgesetz eine gerechte Verteilung unter den Ländern vorzunehmen, damit diese in gleicher Weise in den Stand gesetzt werden, ihren Gemeinden ausreichende Finanzzuweisungen aus dem Länderanteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer zukommen zu lassen.

## Hinweise und Termine

Der Präsident der Vereinigten Staaten Richard M. Nixon in Deutschland

Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard M. Nixon, besuchte während seiner Europareise am 26. und 27. 2. 69 die Bundesrepublik Deutschland. Er führte Gespräche und Verhandlungen in Bonn und Berlin. In dieser Schrift werden die Wortlaute der Reden und Erklärungen, die aus diesem Anlaß abgegeben wurden, zusammengefaßt.

Diese 27seitige bebilderte Zusammenfassung ist kostenlos erhältlich bei der

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Ref. Öffentlichkeitsarbeit

53 Bonn  
Nassestr. 2

### Woche vom 13. 4. bis 19. 4. 1969

16. 4.	LV Saar	Landesausschuß	Saarbrücken
17. 4.	<b>CDU – Bund</b>	Bundesvorstand	Bonn
17. 4.	LV Saar	Kreisgeschäftsführerkonferenz	Schafbrücke
18. 4.	LV Rheinland-Pfalz	Landesvorstand	Mainz
18. 4.	LV Hannover	Vorstandssitzung	Hannover
18./19. 4.	LV Berlin	Landesparteitag	Berlin
18./19. 4.	LV Oldenburg	Landesparteitag	Oldenburg
18./19. 4.	<b>KPV – Bund</b>	Ausschuß für Schul- u. Kulturfragen	München
19./20. 4.	JU Hessen	Landestag	Kassel
Vorschau			
20. 4.	JU Bremen	Landestag	
23. 4.	<b>KPV – Bund</b>	Ausschuß für Fragen der kommunalen Wirtschaft	Bremen Bonn
25./26. 4.	JU Rheinland	Landestag	
25. 4.	<b>KPV – Bund</b>	Ausschuß für Finanz- u. Haushaltsfragen	Bonn
26. 4.	C S U	Wohnungspolitischer Kongreß	München
26. 4.	Landesverbände Baden-Württemberg	Regionaltagung	Stuttgart
26./27. 4.	JU Rheinland	Landestag	Oberhausen
26./27. 4.	JU Württemberg-Hohenzollern	Landestag	

## Hochschul-Rahmengesetz

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten in Niedersachsen hat zur Diskussion um ein **Hochschulrahmengesetz** folgenden Beschluß gefaßt:

„Der RCDS in Niedersachsen bekräftigt eindeutig gemäß den Presse-Erklärungen des Landesvorsitzenden Siegfried Müller die Forderung nach Schaffung eines Niedersächsischen Hochschulrahmengesetzes. Er begrüßte die von Kultusminister Langeheine in Oldenburg abgegebene Erklärung, noch in diesem Jahr eine Gesetzesvorlage im Landtag einzubringen.“

## Aus den Landesverbänden

# Sonderprogramm für Hochschulen

**Schwerpunkt eines Sonderprogramms für die Hochschulen, das der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Filbinger und Finanzminister Robert Gleichauf kürzlich bekanntgaben, ist eine Reihe von baulichen Maßnahmen, durch die eine beträchtliche Steigerung der Ausbildungskapazität der Hochschulen des Landes in den nächsten Jahren erreicht wird.**

Die Vorschläge der Regierung haben im einzelnen zum Inhalt:

- Intensivierung der baulichen Nutzung und Umbelegung, um ohne besonderen baulichen Aufwand zusätzliche Studienplätze zu erschließen. So beträgt z. B. an der Universität Freiburg die vorhandene Ausbildungskapazität im Fachbereich Chemie 685, während gegenwärtig dort nur 297 Studenten studieren.

- Errichtung von sogenannten Standardgebäuden aus vorgefertigten Bauteilen mit einem Aufwand von ca. 16 Millionen DM. Diese vermeiden in Konstruktion und Ausstattung die Nachteile der herkömmlichen Provisorien, können aber trotzdem in sehr kurzer Frist erstellt und später an anderem Ort verwendet werden.

- Freigabe aller mit ersten Bauarbeiten im Haushalt enthaltenen Bauvorhaben bei Verabschiedung des Haushaltsplanes 1969.

- Vorzeitiger Beginn mit zwei größeren Bauabschnitten für Naturwissenschaften in Tübingen und in Stuttgart mit einem Kostenaufwand von je 95 Millionen DM.

- Einfügung neuer Haushalts-titel bzw. Genehmigung weiterer Bauabschnitte.

- Zusätzliches Programm im Volumen von 106 Millionen DM mit Hilfe eines privaten Bauträgers im Rahmen eines erweiterten Baubetreuungsverfahrens.

Mit diesem Sonderprogramm zusammen mit den sonstigen Planungen im Bereich des staatlichen Hochbaues ist die Regierung nach den Worten des Ministerpräsidenten in der Lage, die Nutzflächen an den Hochschulen in den kommenden fünf Jahren so auszuweiten, daß der gewaltige Zustrom von Studenten bis 1975 von der Raumkapazität her aufgefangen werden kann. Insgesamt soll von 1969 bis 1975 Raum für rund 2500 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden; das bedeutet eine Steigerung um rund fünfzig Prozent.

Ministerpräsident Dr. Filbinger wertete das von der Landesregierung vorgelegte Sofortprogramm als einen entschlossenen Versuch, durch Inanspruchnahme der Finanzreserven des Landes der Raumnot und dem Massenproblem an den Hochschulen wirkungsvoll zu begegnen. Das Programm sei ein eindeutiger Beweis für die Entschlossenheit der Regierung, alles zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen zu tun, was in ihren Kräften stehe.

## Landes- und Bundespolitik koordinieren

Im Anschluß an eine Tagung der CDU-Landesvorsitzenden mit Generalsekretär Dr. Heck haben sich auf Anregung des Sprechers der niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten, Alfred Burgemeister, der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Minister Hasselmann, und die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten in Bonn zu einem Gedankenaustausch getroffen. An diesem Gespräch nahm auch der Vorsitzende des Landesverbandes Oldenburg, Gerhard Glup, teil.

Im Mittelpunkt der Zusammenkunft standen Fragen der Vorbereitung zur Bundestagswahl. Der Vorsitzende gab einen Bericht über den Stand der Kandidatenaufstellung,

Der Vorschlag von Minister Hasselmann, vor einer Bundestagswahl erstmals in Niedersachsen einen Wahlkongreß zu veranstalten, hat

dabei die volle Zustimmung der Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen gefunden. Der Kongreß soll am 15. August voraussichtlich in Wolfsburg stattfinden. Das Hauptreferat wird Bundesminister Dr. Kurt Schmücker halten.

Um eine bessere Koordinierung der Fragen der Landes- und Bundespolitik zu erreichen, wurde vereinbart, daß besonders die CDU-Landesminister bei ihrem Besuch in Bonn öfter die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch mit den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten suchen sollten. Hasselmann sagte zu, daß auch Generalsekretär Haassengier in Zukunft in regelmäßigen Zeitabständen nach Bonn kommen werde, um mitzuwirken, die Arbeit der niedersächsischen Landesgruppe mit den Vorstellungen der Partei in Hannover besser zu koordinieren.

Der Vorstand der CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtags hat sich mit den Plänen, das Gebiet Lüneplate/Lüneort südwestlich Bremerhavens für eine **industrielle Nutzung** zu erschließen, befaßt und der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft auf deren Anfrage mitgeteilt, daß er die Bemühungen um eine gemeinsame Planung und Erschließung dieses Raumes unterstützt.

Einstimmig sprach sich der Sportbeirat der niedersächsischen CDU dafür aus, daß **Schulsportstätten** auch weiterhin den Sportvereinen kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. Der Beirat hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Kultusminister Langeheine den Erlaß über die „Überlassung von Schulräumen und Schulplätzen für schulfremde Zwecke“ überprüfen läßt und zugesagt hat, den berechtigten Wünschen des Sportbeirats Rechnung zu tragen.

Sorgen vor den Auswirkungen einer wirtschaftlichen Schwerpunktverlagerung und deren Folgen für die Arbeitnehmer Nordrhein-Westfalens standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen dem Vorsitzenden des Landespräsidiums der CDU, Dr. Wilhelm Lenz, und dem Landesausschuß der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Nordrhein-Westfalens. Mit dem Vorsitzenden des Landespräsidiums vertraten die Mitglieder des Landesausschusses der CDA die Auffassung,

## IN KÜRZE

daß zwischen den Parteinstanzen der Union in Bonn und Düsseldorf engere Kontakte hergestellt werden müssen.

Beratungsgegenstand einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise „Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr“ und „Verwaltung und Wohnungswesen“ wird in Mannheim der Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über Planungen im Bereich der ehemaligen Kurpfalz sein. Zu dieser Tagung werden auch Vertreter der CDU-Fraktion aus den Landtagen von Hessen und Rheinland-Pfalz und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens und der einschlägigen Dienststellen erwartet.

Um ein Bild von der voraussichtlichen Entwicklung der Einnahmen und Produktionskosten des NDR zu vermitteln, berichtete der stellvertretende Intendant des NDR, von Hammerstein, vor der CDU-Fraktion im Kieler Landtag über die finanzielle Situation des NDR. Der beabsichtigte Staatsvertrag über eine **Gebührenerhöhung** ist bereits von neun Regierungschefs der elf Länder unterschrieben worden. Die Ministerpräsidenten der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben den Staatsvertrag noch nicht unterzeichnet.

## Hauptgegner ist die SPD

**Als erste Partei in Hessen hat die CDU ihre Landesliste für die Bundestagswahlen aufgestellt. Spitzenkandidat ist der Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger, der sich zum ersten Mal um ein Bundestagsmandat bewirbt. Auf den nächsten Plätzen folgen Dr. Berthold Martin, Otto Zink und Frau Dr. Hanna Walz, die bisher im hessischen Landtag die Hochschulpolitik der Fraktion vertreten hat.**

Auf den folgenden Plätzen stehen Dr. Hermann Götz, Walter Leisler Kiep, Dr. Carl Reinhard, Lothar Haase, Dr. Walter Löhr und Dr. Friedrich Freiwald, die bereits alle bisher dem Bundestag angehört. Auf Platz elf steht der 35jährige Studienrat Christian Lenzer aus Dillenburg, der sich ebenfalls zum ersten Mal um ein Bundestagsmandat bewirbt. Ihm folgen die bisherigen Bundestagsabgeordneten Dr. Carl Otto Lenz, Hermann Stahlberg und Dr. Ludwig Preiß.

Auf Platz 15 rangiert der 42jährige Betriebsrat Helmut Link, dem wiederum die bisherigen Bundestagsabgeordneten Benno Erhard und Walter Picard folgen. Auf Platz 18 steht als neuer Kandidat für den Wahlkreis Waldeck der kriegsblinde Rechtsanwalt Hans Wissebach aus

Marburg. Auf Platz 19 folgt Clemens Riedel, der bereits Mitglied des Bundestages war. Der 33jährige Sozialsekretär der KAB Dieter Hus-sing steht auf Platz 20.

Die hessische CDU war bisher mit 18 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten, von denen fünf über ein direktes Wahlkreismandat verfügten. Wie Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Dr. Alfred Dregger betonte, wird die hessische CDU alles daransetzen, die Zahl ihrer Abgeordneten in Bonn zu erhöhen. Hauptgegner im bevorstehenden Wahlkampf sei — wie Dregger ausführte — die SPD.

Auf den Plätzen eins bis zwanzig der etwa 103 Positionen umfassenden Landesliste befinden sich allein sechs Kandidaten, die sich zum ersten Mal zur Bundestagswahl stellen. Berücksichtigt man, daß von den bisherigen achtzehn Abgeordneten allein bei den Wahlen 1965 acht Parlamentarier zum erstenmal oder nach einer Unterbrechung wieder in den Bundestag gewählt wurden, so zeigt sich eine außerordentlich hohe Fluktuation unter den hessischen CDU-MdB's, die vor allem im Zusammenhang mit einer erheblichen Verjüngung gesehen werden muß.

## Informationen

# Mehr Sicherheit auf den Straßen

**Die Bilanz der Unfälle und der Todesopfer im Straßenverkehr an den Osterfeiertagen ist traurig und erschreckend. Mindestens 100 Todesopfer hat der Straßenverkehr in diesen Tagen gefordert.**

Erneut hat sich gezeigt, daß unser Straßennetz einem Massenandrang im individuellen Reiseverkehr an vielen Engpaßstellen noch nicht gewachsen ist. Chaotische Zustände auf vielen Teilstrecken von Bundesautobahnen, Fernstraßen und auf den Straßen in Erholungsgebieten werfen dunkle Schatten auf das sonnige Osterfest.

Alle Verantwortlichen müssen sich immer wieder fragen, was getan werden kann, damit sich derart traurige Rekorde nicht schon in wenigen Wochen, im Pfingstverkehr oder im Urlaubsverkehr wiederholen. Patentrezepte gibt es nicht. Auch ein zeitlich befristetes Fahrverbot für Lastkraftwagen — das haben die Erfahrungen der letzten Tage wieder gezeigt — sollte nicht überbewertet werden. Die Erweckung von Emotionen gegen den Lkw ist mit Sicherheit kein Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Ein nicht geringer Teil der Unfälle ist auf menschliches Versagen zurückzuführen und läßt sich erst dann allmählich abbauen, wenn die Verkehrsdichte an den gefährlichen Engpaßstellen durch neue oder bessere Straßen drastisch gesenkt werden kann. Das ist kurzfristig nicht möglich. Letztlich ist es damit vor-

allem das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Verkehrsteilnehmers und seine Achtung vor den Mitmenschen, die uns in den nächsten Monaten vor ähnlich traurigen Bilanzen bewahren können. Es darf deshalb keine Gelegenheit versäumt werden, die Autofahrer zur Rücksichtnahme und Verantwortung zu mahnen.

## Machtkampf in Düsseldorf

Zwischen dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn und seinem Arbeitsminister Werner Figgen wird der Machtkampf um die Startpositionen für den Tag nach der Landtagswahl immer heftiger ausgetragen.

Heinz Kühn, Landesvorsitzender der Partei, setzte im Landesvorstand durch, daß kein Bezirksverband der Partei berechtigt ist, zu wichtigen Fragen der Landespolitik eigenmächtig Stellung zu beziehen. Vor einer öffentlichen Erklärung, so verordnete der Landesvorstand, hat der Bezirk sich erst mit dem Landesvorstand ins Benehmen zu setzen.

Werner Figgen, Bezirksvorsitzender des in der SPD mitgliederstärksten Bezirksverbandes Westliches Westfalen, attackierte diesen Beschluß offen auf dem Bezirkspar-

Die Motorisierungswelle in der Bundesrepublik rollt indessen mit unvermindertem Tempo weiter. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wird sich der Pkw-Bestand nahezu verdoppeln. Mit dieser Entwicklung müssen wir fertig werden, d. h. wir müssen Straßen bauen und nochmals Straßen bauen.

Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten moderner Verkehrserziehung noch intensiver als bisher genutzt werden. Nur so kann vermieden werden, daß die Freiheit des Individualverkehrs zur freien Fahrt ins Verkehrschaos entartet. Der Preis an Menschenleben und Unfallgeschädigten ist zu hoch.

Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB

teitag und holte sich die Zustimmung für seine Ansicht, „daß sich der Bezirksverband Westliches Westfalen an den Beschluß des Landesverbandes nicht gebunden fühlt.“

Intern wirft die Gruppe Figgen ihrem Landesvorsitzenden vor, er kämpfe nicht um die absolute Mehrheit und beabsichtige, sich mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wilhelm Lenz über eine Große Koalition zu einigen, der die CDU inzwischen nicht mehr zuneige.

Egal, wie dieser Machtkampf enden wird, er zeigt, daß Kühn innerhalb seiner Fraktion und der Landespartei nicht mehr der souveräne Mann ist. Das Bestreben innerhalb der SPD Nordrhein-Westfalens, Kühn, vor einigen Wochen als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aus Düsseldorf fortzuloben, zielt in die gleiche Richtung.

*Das Wahlgesetz behält den Kreisorganisationen und Landesverbänden der Parteien die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten und der Landeslisten vor. Die Parteispitzen in Bonn haben nur beratenden Einfluß. Es wird ihnen dadurch sehr schwermacht, die für die parlamentarische Arbeit in den Bundestagsausschüssen wichtigen Fachleute, die allerdings leider oft keine persönliche oder politische Ausstrahlungskraft haben, auf einem sicheren Platz einer Landesliste unterzubringen. Die Frage, ob man das Wahlgesetz ändern und den Parteien die Gelegenheit geben soll, eine Bundesliste aufzustellen, taucht deshalb vor den Wahlen immer wieder auf; indessen ohne Aussicht auf Erfolg, weil schließlich auch jene Abgeordneten im Bundestag darüber entscheiden müssen, deren Platz in der Volksvertretung in Gefahr geriete.“*

„Stuttgarter Zeitung“, 8. 4. 1969

## Stichwort zum Wochenende

**D**ie Bemühungen der Freien Demokraten, sich als die Alternative zur Regierungskoalition hinzustellen, lassen eine bestimmte Taktik erkennen. Die FDP versucht ihre gegenwärtige Oppositionsrolle dahin auszuspielen, daß jedermann, der mit der Großen Koalition unzufrieden ist, eigentlich am 28. 9. FDP wählen müßte.

**D**as klingt plausibel. In Wahrheit ist es aber eine ungeheure Selbstüberschätzung, denn es wird beim Bundestagswahlkampf darauf ankommen, ob die CDU/CSU oder die SPD gewinnt. Was die FDP fürchtet, ist eben diese Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien, wobei der Wähler darüber entscheidet, wer der nächste Bundeskanzler ist. Wenn die Wählerschaft dies erkennt, dann sinken die Chancen der FDP, von der man lediglich annimmt, daß sie in der einen oder anderen Koalition den Versuch unternehmen kann, Teile ihres Programms in Koalitionsvereinbarungen durchzusetzen.

**D**iese Taktik, sich als Alternative aufzufassen, mag in gewissen Wählerkreisen auf Verständnis stoßen; die Wählermasse aber weiß sehr wohl, daß das Votum für die FDP eine Fahrkarte ins Blaue bedeutet, ohne daß dadurch die eigentliche Entscheidung getroffen wird.

**A**bgeschrittene Zöpfe, Image-Kosmetik und Werbe-Tricks sind nun einmal keine Argumente, die der Wähler akzeptiert. Wenn auch die Angriffe noch so bissig sind, die von der FDP gegenwärtig gestartet werden, so bleibt davon doch nicht so viel übrig, daß man einer Acht-Prozent-Partei das Schicksal des Landes anvertrauen will.

## ...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Und inzwischen hat das EMNID-Institut in Untersuchungen festgestellt, daß sich das Verhalten der Wahlberechtigten an Bundeswehrstandorten kaum vom Wahlverhalten der Gesamtgesellschaft unterscheidet. Gefährlicher wirkt die NPD von einer anderen Seite in die Bundeswehr hinein. Sie hat es fertiggebracht, rund 40 bis 50 junge unzufriedene Offiziere und Unteroffiziere zur aktiven Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Bisher stellte die NPD sieben junge Offiziere bis zum Majorsrang für den Bundestag auf.“

Gelingt der NPD der Sprung in den Bundestag, wird sie aus taktischen Erwägungen die sieben jungen Offiziere bestimmt nach Bonn schicken. Das deutsche An-

sehen im Ausland würde großen Schaden erleiden.“

„Handelsblatt“, 8. 4. 1969

„In sechs Monaten wird gewählt, aber der Kampf um die Sessel im neuen Parlament ist schon in vollem Gange. Über die bisherigen und auch die möglichen künftigen Volksvertreter ist Unruhe gekommen. Sie suchen nach sicheren Wahlkreisen für ein Direktmandat oder bemühen sich um einen ebenso sicheren Platz auf einer der Landeslisten ihrer Partei.“

Die Auswahl und Aufstellung der Kandidaten ist auch für die Bundesparteizentralen nicht immer erfreulich, weil die geeignetsten Personen häufig nicht zum Zuge kommen.